

Zusammenfassung

Die Gründung des Max-Planck-Instituts für Gesellschaftsforschung 1984 war das Resultat einer pragmatischen Wende der Max-Planck-Gesellschaft in ihrem Umgang mit den Sozialwissenschaften. Mit dem ersten Versuch, neben dem MPI für Bildungsforschung in Berlin ein weiteres sozialwissenschaftliches Institut zu etablieren, war die MPG 1981 gescheitert. Das 1970 eingerichtete Max-Planck-Institut zur Erforschung der Lebensbedingungen der wissenschaftlich-technischen Welt in Sarnberg hatte sich als misslungenes Experiment herausgestellt. Die lange, zermürbende Diskussion über das Sarnberger Institut war in einem Debakel zu Ende gegangen, das die Presse süffisant kommentiert und das dem Ansehen der MPG erhebliche Kratzer zugefügt hatte. Der zweite Versuch musste gelingen, das neue Institut musste ein Institut mit Erfolgsgarantie sein. Für die MPG hieß es deshalb, mit der Kölner Neugründung jene Fehler und Probleme zu vermeiden, die zum Scheitern des Sarnberger Instituts beigetragen und ihr öffentliche sowie interne Kritik eingebracht hatten.

Die pragmatische Wende der MPG zeigte sich am deutlichsten in der Abkehr vom holistischen Ansatz, der das Programm des Sarnberger Instituts bis zur Emeritierung seines Gründungsleiters Carl Friedrich von Weizsäcker bestimmt hatte. War das Forschungsprogramm in Sarnberg zeitlich und thematisch äußerst offen gewesen, zeichnete sich das Kölner Gründungsprogramm durch einen präzise definierten inhaltlichen Fokus und die Umsetzbarkeit in konkreten, in überschaubaren Zeiträumen zu realisierenden Forschungsprojekten aus. Die interdisziplinäre Breite von Sarnberg wich einer Konzentration auf die Kerndis-

ziplinen Soziologie und Politikwissenschaft. Darüber hinaus zog sich die MPG mit dem MPI für Gesellschaftsforschung aus dem verminten Terrain politisch kontroverser Themen zurück, mit denen sich die Wissenschaftler des Starnberger Instituts bevorzugt und öffentlichkeitswirksam beschäftigt hatten.

Partiell wären diese Korrekturen bereits mit dem Max-Planck-Institut für Sozialwissenschaften vollzogen worden, mit dem Jürgen Habermas und Franz Weinert die Nachfolge des so umbenannten Max-Planck-Instituts zur Erforschung der Lebensbedingungen der wissenschaftlich-technischen Welt hätten antreten wollen. Doch es war erst die formelle Schließung des Instituts im Mai 1981, die jenen Neuanfang ermöglichte, den sich schon Ralf Dahrendorf 1979 und ebenso Habermas bis zu seinem Rücktritt im April 1981 vergeblich erhofft hatten. Beide hätten mehrere Mitarbeiter Carl Friedrich von Weizsäckers übernehmen müssen. Dahrendorf wäre dadurch in die personalpolitischen Konflikte hineingezogen worden, die Habermas damals bereits seit einigen Jahren mit von Weizsäcker austrug und die wohl 1975 maßgeblich zur Teilung des Instituts in zwei Arbeitsbereiche beigetragen hatten. Jürgen Habermas schließlich sah sich 1981 nicht in der Lage, mit den verbliebenen Mitarbeitern des Weizsäcker-Bereiches in einem Institut zu arbeiten. Am Beispiel des Starnberger Instituts offenbarte sich ein grundlegendes Strukturproblem der Max-Planck-Gesellschaft: eine mangelnde personelle Flexibilität auf der Ebene von Mitarbeiterstellen, die aus der damals gängigen Praxis unbefristeter Verträge resultierte und die Umstrukturierung von Instituten sowie die Neuberufung von Direktoren erschwerte. Dies änderte sich erst mit dem Hochschulrahmengesetz von 1985, das befristete Arbeitsverhältnisse erleichterte.

Der Rücktritt von Jürgen Habermas und die unmittelbar folgende Institutsschließung standen am Ende eines zähen und langwierigen Prozesses. Die Diskussion über die Zukunft des Starnberger Instituts hatte bereits 1975 begonnen. Zuerst hatten die MPG-Gremien die Berufung eines dritten Direktors für einen neuen, ökonomischen Arbeitsbereich abgelehnt. Danach hatte ab 1977 eine Kommission der Geisteswissenschaftlichen Sektion über die zukünftige Struktur und Ausrichtung des Instituts be-

raten. Die geplante Berufung Ralf Dahrendorfs führte zu einer lebhaften öffentlichen Debatte und provozierte Widerstand in Teilen des politisch konservativen Lagers, die eine Fortsetzung der Bonner sozialliberalen Koalition innerhalb der MPG monierten. Hieran zeigte sich ein weiteres Problem, mit dem sich die Max-Planck-Gesellschaft im Zusammenhang mit dem Starnberger Institut über viele Jahre konfrontiert sah und das in ihren Gremien wiederholt Auseinandersetzungen zur Folge hatte: Das Institut galt im Verständnis der Öffentlichkeit wie vieler seiner Mitarbeiter als „linkes“ und „politisches“ Institut. Als politische Intellektuelle scheuten sich seine Direktoren nicht, in den öffentlichen Debatten und Meinungskämpfen der Siebzigerjahre Position zu beziehen und das Streitgespräch zu suchen. In den hitzigen, oft ins Ideologische abdriftenden Lagerkämpfen zwischen den außerparlamentarischen Protestbewegungen sowie der Neuen Linken auf der einen, den etablierten Parteien und neuen Konservativen auf der anderen Seite hatte das Starnberger Institut seinen festen Platz. Es spaltete in Befürworter und Gegner, was eine unvoreingenommene Beurteilung seiner wissenschaftlichen Leistungen erschwerte.

Vor dieser Schwierigkeit standen ebenfalls die MPG-Gremien. Jede Struktur- und Personalentscheidung wurde de facto zu einer politischen Entscheidung. Der Beschluss der MPG, den Arbeitsbereich von von Weizsäcker zu schließen, rief denn auch einen Sturm der Entrüstung hervor. „Kritische“ Wissenschaftler, so der Verdacht bei vielen der Starnberg-Befürworter in Presse und Öffentlichkeit, sollten nun mundtot gemacht, „unbequeme“ Fragen unter den Teppich gekehrt werden. Dass der holistische Anspruch des Instituts in der Forschungspraxis nicht einzulösen war, dass die interdisziplinäre Breite viele der Wissenschaftler, die sich mit fachfremder Materie beschäftigten, überforderte und das Forschungsprogramm überfrachtete, erschien nicht allen plausibel.

Überhaupt dominierte in den Debatten um die Zukunft des Starnberger Instituts oft eine personenzentrierte Argumentation, hinter der die forschungspolitischen Grundsatzfragen, welche Art von Sozialwissenschaften die MPG fördern wollte und wie sie sich damit in der nationalen und internationalen For-

schungslandschaft zu verorten gedachte, zurücktraten. In der Presse begründete der Präsident der MPG Reimar Lüst den Schließungsbeschluss zu allererst damit, dass von Weizsäcker als Integrationsfigur letztlich nicht adäquat zu ersetzen war. Deutlich drückte sich darin die Tradition des Harnack-Prinzips aus, das die Gründung des Starnberger Instituts 1970 geprägt hatte. War im Gründungsverfahren der „Autorität“ des Wissenschaftlers von Weizsäcker entscheidendes Gewicht zugekommen, so stand auch bei der Berufung Ralf Dahrendorfs die Person im Vordergrund. Erst die Diskussionen der frühen Achtzigerjahre über die Gründung des Kölner Instituts kreisten um grundsätzliche inhaltliche und forschungsstrategische Fragen. Nicht um Personalpolitik, sondern um Forschungspolitik ging es nun zuerst. Die 1981 eingesetzte Kommission erarbeitete verschiedene Konzeptionen für ein sozialwissenschaftliches Institut und befasste sich erst im zweiten Jahr ihres Bestehens mit der Frage nach geeigneten Direktoren.

Gleichwohl begannen die konzeptionellen Überlegungen erstens nicht bei Null. Nach der Schließung des Starnberger Instituts stand die MPG vor einer Reihe von Notwendigkeiten, die das Ergebnis der Debatten maßgeblich beeinflussten und die Ausrichtung des neuen Instituts in Teilen vorbestimmten. Nur selten sind diese Notwendigkeiten in der Findungskommission explizit als solche benannt worden, und nicht alle Mitglieder der Kommission waren sich ihrer im gleichen Maße bewusst. Zweitens spiegelten sich in den konzeptionellen Diskussionen jene Umbrüche und Neuorientierungen wider, die die Entwicklung von Sozialwissenschaften und Soziologie seit Mitte der Siebzigerjahre, in der Zeit „nach dem Boom“, prägten. Beides – die Notwendigkeiten in der MPG wie die Neuorientierungen in den Sozialwissenschaften – wurden zunächst im Konzept für ein „Institut für kulturvergleichende Forschung“ augenfällig.

Hierbei handelte es sich um eines von drei Institutskonzepten, das der damalige DGS-Vorsitzende Joachim Matthes für die Kommission formulierte. Matthes zählte Anfang der Achtzigerjahre zu den prononcierten Kritikern in der Soziologie. Wie viele seiner Kollegen stellte er damals die Frage, ob das Fach noch in der Lage war, die tiefgreifenden gesellschaftlichen Wandlungs-

prozesse angemessen erfassen und mit den herkömmlichen Methoden einen Zugang zur gesellschaftlichen Wirklichkeit finden zu können. Viele Bereiche von Gesellschaft, Wirtschaft und Politik waren in den Siebzigerjahren Veränderungen unterworfen, deren neue Qualität beispielsweise im Analyserahmen der „industriellen Gesellschaft“ oder mit der klassischen Modernisierungstheorie nicht mehr greifbar erschien. Nicht mehr konstantes, hohes Wirtschaftswachstum und Vollbeschäftigung, sondern globale Konjunkturschwankungen, niedrigere Wachstumsraten und hohe Arbeitslosenquoten prägten die Entwicklung der Bundesrepublik. Wissenschaftler und Politiker verhandelten über die Zukunft des Sozialstaats und die Rolle des Staates überhaupt, allenthalben war von einem gesamtgesellschaftlichen Wertewandel die Rede, den viele mit einem Werteverfall gleichsetzten. Die außerparlamentarischen und Neuen Sozialen Bewegungen adressierten vor den etablierten Parteien neue Probleme und Herausforderungen, zuerst das Thema Umwelt. Mehr und mehr fragte man nach den ökologischen und sozialen Risiken sowie den unerwünschten Folgen technischen Fortschritts, ganz besonders der Atomkraft, und unbegrenzten Wachstums. Daran hatte das Starnberger Institut einen wichtigen Anteil, denn diese Themen machten einen der Kernbereiche seines Forschungsprogramms aus.

Mit dem gesellschaftlichen Wandel veränderte sich der Gegenstand sozialwissenschaftlicher Forschung, und in den Jahren nach der Expansion des Faches und des Booms sozialwissenschaftlichen Expertenwissens setzte in der Profession eine Phase der Selbstreflexion ein. Dabei ging es nicht allein um eine Suche nach neuen Theorien, Methoden und Ansätzen. Man konstatierte die „Politisierung“ der wissenschaftlichen Experten, deren Autorität durch fehlerhafte Prognosen und den Aufstieg von Gegenexperten zunehmend in Frage gestellt wurde. Die öffentliche Skepsis gegenüber wissenschaftlichem und technischem Fortschritt fand ihre Entsprechung bei den Wissenschaftlern selbst. Die Verwendung ihres Beratungswissens hatte nicht immer so funktioniert, wie sie es sich vorgestellt hatten, und die „Soziologisierung“ weiter Bereiche des öffentlichen Lebens hatte ihre Begriffe und Deutungen der Sphäre wissenschaftlicher Kontrolle

entzogen. Anders als noch in den Sechzigerjahren befasste man sich mit Defiziten des eigenen Faches und fragte nach den Möglichkeiten, mit denen man ihnen begegnen konnte. Joachim Matthes' Antwort war eine Absage an viele der bisherigen Selbstverständnisse und Verfahrensweisen der soziologischen Forschung, an deren Stelle kulturanthropologische und ethnologische Theorien und Methoden treten sollten. In seinem Vorschlag für ein kulturvergleichendes Forschungsinstitut bündelten sich zahlreiche Forderungen des „cultural turn“, der neben der Pluralisierung von Theorien, Methoden und Forschungsansätzen die Neuorientierungen der Soziologie seit den Achtzigerjahren kennzeichnete. Den Wünschen der MPG nach handfester Empirie und einem soliden, umsetzbaren Forschungsprogramm kam Matthes Vorschlag jedoch nicht genug entgegen, und ein erneutes Experiment war nach Starnberg weder in der Geisteswissenschaftlichen Sektion noch im Senat vermittelbar.

Erfolg versprochen erst Renate Mayntz und ihr Forschungsprogramm, das sie auf Wunsch der Findungskommission im Juli 1983 erstmals skizzierte. Zum Beginn der Achtzigerjahre war Mayntz an die Grenzen der Policy- und Implementationsforschung sowie an die Grenzen sozialwissenschaftlichen Wissens gestoßen, und in ihrem Programm manifestierte sich eine wissenschaftliche Neuorientierung, die sich seit dem Ende der Siebzigerjahre in ihren Forschungen angedeutet hatte. Mayntz hatte zu jener wissenschaftlichen Beratungselite gehört, die sich ungefähr ab Mitte der Sechzigerjahre im Kontext der Reform- und Planungsprojekte der Bundesregierung formiert hatte. Nach der Großen Koalition unter Kurt Georg Kiesinger war es die sozialliberale Koalition unter Willy Brandt, die sich eine umfassende Modernisierung von Politik, Verwaltung und Gesellschaft auf die Fahnen geschrieben hatte. Renate Mayntz war Mitglied des Bildungsrates, der Projektgruppe Regierungs- und Verwaltungsreform sowie der Studienkommission zur Reform des öffentlichen Dienstrechtes gewesen. Dieses Engagement lässt sich wesentlich mit den spezifischen Erfahrungen und Selbstverständnissen ihrer Generation erklären, der so genannten „Fünfundvierziger“, zu denen ebenfalls Jürgen Habermas, Ralf Dahrendorf und Niklas Luhmann zählten. Diese Generation

prägte die westdeutsche Soziologie der Sechziger- und Siebzigerjahre wie keine andere. Vor dem Hintergrund der NS-Zeit galt die Bundesrepublik Mayntz wie vielen ihrer gleichaltrigen Kollegen als ein Projekt der Modernisierung und Reform. Das Ziel war es, eine stabile, rechtsstaatliche Demokratie sowie die offene, pluralistische Gesellschaft zu festigen und vor Gefahren zu bewahren. Dabei kam dem Sozial- und Wohlfahrtsstaat eine zentrale Rolle zu, und das politisch-administrative System sollte mit Hilfe wissenschaftlicher Expertise dazu fähig sein, effektiv zu planen, zu steuern und zu gestalten. Die empirische Sozialforschung, die Mayntz vertrat, schien die soziale Wirklichkeit objektiv erfassen und pragmatische Lösungen für gesellschaftliche und politische Probleme entwickeln zu können.

In der Praxis offenbarten sich allerdings rasch Hindernisse. Bei der Umsetzung politischer Steuerungsvorhaben stießen Mayntz und ihre Kollegen auf Vollzugsdefizite und Wirkungsmängel, die sie ihrerseits zum Gegenstand wissenschaftlicher Untersuchung machten. Zum Ende der Siebzigerjahre war Mayntz zu dem Schluss gekommen, dass die Ursachen für die Defizite nicht allein in den komplexen Eigenschaften des Policy-Prozesses zu finden waren, sondern außerdem in der Beschaffenheit der Problemfelder und in beschränkten Möglichkeiten sozialwissenschaftlichen Wissens lagen. Das verfügbare sozialwissenschaftliche Wissen umfasste lediglich Aussagen über einfache Kausalbeziehungen, nicht hingegen über komplexe Faktorenkombinationen. Die modernen Gegenwartsgesellschaften der 1970er- und 1980er-Jahre zeichneten sich für Mayntz aber gerade durch eine ausgesprochene „Komplexität“ ihrer Binnenstruktur aus, mit der wiederum erhebliche „Dynamiken“ verbunden waren. Funktionale Differenzierung und Interdependenzen zwischen den einzelnen Sektoren, zahllose Akteure und Handlungszentren, internationale Verflechtungen und Abhängigkeiten sowie die hohe Geschwindigkeit technologischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Wandels machten Aussagen vom Typ „wenn A, dann B“ und damit verlässliche Prognosen über die Wirkungen politischer Maßnahmen unmöglich. Eine erfolgreich steuernde Politik erschien somit unwahrscheinlich,

und der Wissenschaftler sah sich laut Mayntz mit ungewohnter kognitiver Unsicherheit konfrontiert.

Hier setzte ihr Forschungsprogramm für das MPI für Gesellschaftsforschung an. Neue kognitive Sicherheiten waren gefragt, damit politische Steuerung und Intervention auch in der komplexen, dynamischen Gesellschaft funktionieren konnten. Mit ihrem Kölner Programm ging Mayntz deshalb über die Policy-Forschung hinaus und wandte sich der Gesellschaftstheorie zu. Theorie und Empirie wollte sie über den Zugang der empirischen Institutionenanalyse verbinden. Die Forschungsprojekte sollten an zentralen Elementen der gesellschaftlichen Binnenstruktur ansetzen, die Einblicke in die internen Systemdynamiken ermöglichten: an institutionellen Komplexen und Sektoren wie dem Gesundheitswesen, der Wissenschaft oder Politik und Verwaltung. Am 9. März 1984 votierte der Senat der MPG einstimmig für die Berufung von Renate Mayntz und die Gründung eines Instituts mit ihrem Programm. Programm wie Person stellten die optimale Antwort auf die Notwendigkeiten in der MPG nach Starnberg dar. Mayntz galt als „harte“ Empirikerin und entzog sich damit dem Vorwurf ideologischer oder spekulativer Forschung. Sie gehörte keinem politischen Lager an und äußerte nicht die Absicht, sich mit dem neuen Institut in öffentliche Debatten und tagespolitische Streitfragen einzuklinken. Man erwartete von ihr eine professionelle Leitung, international anerkannte Forschungsergebnisse und keine öffentlichen Schlagzeilen – Ruhe nach dem Sturm.